

## Heimat reloaded

Es ist Zeit für die fortschrittliche Politik, sich den Heimatbegriff anzueignen und ihn zurück zu gewinnen.

Heimat ist für da, wo wir alle Verantwortung übernehmen.

*Von Robert Habeck*

Wir laufen auf ein strategisches Dilemma zu: Wollen wir klein bleiben und eine radikale gesellschaftliche Avantgarde sein, letztlich eine politische Elite, die ihrer Zeit stets 20 Jahre voraus ist? Oder wollen wir so beliebig werden, dass an uns niemand mehr vorbei kommen kann?

Das sind beides schlechte Alternativen. Weder können wir wollen, dass wir fein aber klein bleiben, noch dürfen wir weniger radikal werden (eher im Gegenteil).

Aber es gibt eine Lösung: Wir müssen unsere „radikalen“ Positionen so kommunizieren, dass eine Mehrheit von Menschen sie versteht. Wir müssen den Menschen unsere Sicht erklären, um Menschen nahe zu bringen, warum sie ihr Leben ändern müssen, um einen Klimawandel zu stoppen, der unsere Welt erst nach unserem Leben bedroht, warum man höhere Steuern bezahlen muss, damit es Menschen besser geht, die man gar nicht kennt, muss man konkret werden und nicht abstrakt bleiben. Man muss, um es einmal scharf zu formulieren, den Spruch „Global denken – lokal handeln“ umdrehen: Nur wenn es uns gelingt, unsere Politik mit den „lokalen“ Problemen der Menschen zu verknüpfen, werden wir globale Veränderungen herbeiführen können.

Trauen wir uns zu, gegenüber einer auseinander fallenden Regierung und in einer unsortierten Opposition, den Menschen das moderne Schleswig-Holstein zu erklären? Heimat, das ist nicht nur ein Wort. Es ist eine verbrauchte Weltanschauung. Heimat klingt nach Scholle, Engstirnigkeit, konservativer Ideologie und im schlimmsten Fall Blut und

Boden. Aber in einer Zeit der Globalisierung, der Grenzlosigkeit von Märkten, der Anonymität von Gesellschaften, können wir es uns nicht leisten, den Begriff „Heimat“ rechts liegen zu lassen.

Es ist Zeit für die fortschrittliche Politik, sich den Heimatbegriff anzueignen und ihn zurück zu gewinnen. Heimat modern-links verstanden ist dafür da, damit wir alle Verantwortung übernehmen.

Fast überraschend beschreiben unsere Grünen Politikfelder einen solchen linken Heimatbegriff: Naturschutz, Klimaschutz, gesellschaftlicher Zusammenhalt, kommunale Wertschöpfung – ein solches Heimatverständnis ist nicht völkisch, sondern neugierig und multikulturell. Heimat steht für die Kontinuität und die Erfahrung des Anderen. Sie ist nichts Gegebenes, sondern muss mit Leben gefüllt werden, wenn es nicht konservativ verknöchern soll. Heimat, das ist ein Arbeitsauftrag. ●



Fotolia.de Macfoto

Leuchtturm oder Minarett? Das Thema Heimat bietet überraschende neue Ansichten



Wir müssen Naturschutz und Erneuerbare Energien gemeinsam denken.

## Ökonomie und Ökologie – zwei Seiten der gleichen Medaille

Regionalbesuch bei Energieerzeugern und Naturschützern in Nordfriesland

*Von Andreas Tietze*

Zwei Branchen, die den Grünen besonders am Herzen liegen, haben an der Westküste eine ganz besondere Bedeutung – die Solar- und Windenergie und der Naturschutz. Bei einem Regionalbesuch in Nordfriesland sind wir möglichen Zielkonflikten oder Widersprüchen nachgegangen.

Bei der klassischen Nutzung der Solarenergie mit Dachanlagen gibt es wenig Konflikte – hier wurde aber deutlich, dass im Bereich der Solarthermie noch ein erheblicher Nachholbedarf besteht. Vielfach wird der energetische und klimatische Nutzen dieser Anlagen nicht erkannt. Die von der schwarz-

gelben Regierung angekündigte Absenkung der Einspeisevergütung wird die Solarbranche allerdings vor große Probleme stellen.

Selbstverständlich begrüßen wir einen weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bei der Planung von Wind- und Solaranlagen sind dabei Schutzgebiete und Aufenthaltsbereiche besonders geschützter Arten, soweit sie durch Windkraftanlagen gefährdet werden können, frei zu halten. Die Flächenkonkurrenz zwischen Energiegewinnung und Naturschutz, die sich durch den Maisanbau so drastisch verschärft hat, darf nicht weiter auf Kosten der Natur fortgesetzt werden.

## Vorwärts ist die andere Richtung!

Wie schwarz-gelb eine Rückwärtsrolle in der Bildungspolitik einleitet

*von Anke Erdmann*

Kaum haben CDU und FDP die Steuern gesenkt, wird die Streichung des eben eingeführten kostenfreien letzten Kindergartenjahres ins Spiel gebracht. „Mehr Brutto vom Netto“ – der Slogan der FDP – gilt eben nicht für alle. Und nun machen die Kommunen den ersten Vorstoß, um die Standards abzusenken: Größere Gruppen und weniger Personal sollen finanziellen Spielraum bringen.

Auch in der Schulpolitik geht es genau in die falsche Richtung. Das neue schulpolitische Programm ist ziemlich simpel – eigentlich soll alles so bleiben, wie es früher mal war! Am wichtigsten ist Bildungsminister Ekkehard Klug, dass die Realschulen eine Chance bekommen. Voraussetzung ist allerdings, dass das Volksbegehren in dieser Sache eine nötige Mehrheit findet.

Die FDP sorgt nun also für ihr erstes Schulchaos: Schulträger, Realschulen und Eltern sind zumindest irritiert, denn die Schulentwicklungsplanungen waren meist abgeschlossen.

Was steht noch auf der Agenda der neuen Koalition? Die Gymnasien sollen „nicht weiter benachteiligt“ werden, Inklusion in der Schule ist nicht mehr gewollt, für Gemeinschaftsschulen entfällt die Auflage, einen Unterricht für alle anzubieten – gleichzeitig wird den neuen Gemeinschaftsschulen weitgehend der Weg verbaut, Oberstufen zu gründen.

Noch vor dem Sommer soll die Rückwärtsrolle in der Schulpolitik, eingeleitet werden. Schleswig-Holstein wird dann nicht mehr im Ansatz als fortschrittlich gelten – sondern nur Spitze sein in Sachen Unübersichtlichkeit bei den allgemeinbildenden Schulen. Wir halten Euch auf dem Laufenden.

# Zukunft der Jobcenter und Optionskommunen

Wir brauchen Hilfen aus einer Hand – und das schnell. Union und SPD können dem Grünen Gesetzesentwurf zustimmen.

*Von Marret Bohn*

Arbeitssuchende brauchen Hilfen aus einer Hand, keine zersplitterten Zuständigkeiten. Wir Grüne wollen, dass alle Arbeitssuchenden optimal beraten und unterstützt werden. Und wir wollen, dass sie persönliche AnsprechpartnerInnen haben, die ihnen bei Leistungsgewährung, Arbeitsvermittlung und ergänzenden Hilfen zur Seite stehen.

Die so genannten ARGEN waren ein Versuch „Hilfen aus einer Hand“ durch eine Mischverwaltung aus Arbeitsagentur und Kommune zu erreichen. Dieser Versuch ist gescheitert. Das Bundesverfassungsgericht hat im Dezember 2007 die ARGEN für verfassungswidrig erklärt. Bis Ende dieses Jahres muss eine andere Lösung gefunden werden.

Wir haben als Landtagsfraktion daher schon im November einen Antrag eingebracht mit der Forderung, dass unverzüglich eine Neuordnung erfolgt und das „Optionsmodell“ dauerhaft abgesichert und ausgeweitet wird.

Die Bundesregierung sollte jetzt unverzüglich handeln. Sie hat lange genug auf die Bremse getreten. Zumindest das Bürokratiemonster „getrennte Trägerschaft“ scheint vom Tisch. Endlich lässt das jetzt CDU-geführte Bundesarbeitsministerium von seiner Vogel-Strauß-Strategie ab und freundet sich mit einer Grundgesetzänderung an.

Die Grüne Bundestagsfraktion hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, wie die Arbeit der ARGEN sowie der bisherigen und neuen Optionskommunen auf verfassungskonforme Beine gestellt werden kann. Jetzt spricht nichts mehr dagegen, dass auch CDU, CSU und SPD dem Grünen Gesetzesentwurf im Bundestag zustimmen.

Die Arbeitslosen in Schleswig-Holstein haben sich ihre Lage nicht ausgesucht. Sie brauchen jetzt genau so wie die MitarbeiterInnen in den Jobcentern und Optionskommunen eine klare Perspektive.

## Enquetekommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“

*Von Ines Strehlau*

Unsere Fraktion hat im Januar einen Antrag auf Einrichtung einer Enquetekommission eingebracht, die die Chancen einer verstärkten norddeutschen Zusammenarbeit beleuchten soll.

Bis Ende 2011 soll die Kommission Vorschläge für künftige Formen und Inhalte der Zusammenarbeit entwickeln, dabei soll die Zusammenarbeit mit Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Niedersachsen verbessert werden.

Warum diese Enquete? Im Leben der Menschen haben die Landesgrenzen seit vielen Jahren an Bedeutung verloren. Es findet ein reger menschlicher, kultureller und beruflicher Austausch statt. 52 Prozent der Menschen in Schleswig-Holstein und Hamburg würden sogar die Landesgrenzen aufheben (Umfrage uv nord, 2005).

Auch Wirtschaft und Kirchen zeigen, dass ein Zusammenschluss funktioniert, ohne Identität einzubüßen. Jetzt werden

wir prüfen, ob und wie wir auch in Politik und Verwaltung noch enger zusammenarbeiten können. Sei es beim Besuch von Schulen, bei der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, beim Umweltschutz oder beim Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs.

Wir gehen ergebnisoffen in die Enquete und haben deshalb bewusst auf eine feste Zielformulierung verzichtet. Wichtig wird es sein, Initiativen für Kooperationen zu entwickeln, die die Menschen in allen Landesteilen Schleswig-Holsteins mitnehmen.

Wir wollen euch, liebe Freundinnen und Freunde, in diesen Prozess einbinden und die norddeutsche Zusammenarbeit deshalb auf den verschiedenen Parteebenen diskutieren. Wir freuen uns auf eure Anregungen!

In Schleswig-Holstein lebt jedes siebte Kind in Armut, in Städten wie Kiel oder Flensburg sogar jedes dritte Kind. Kinderarmut ist eines der schrecklichsten Skandale, die wir uns als reicher Staat leisten.

## Kinderarmut effektiv auf mehreren Ebenen bekämpfen!

*Von Rasmus Andresen*

2010 ist zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung ausgerufen worden. Dies soll dafür sorgen, dass Armut für die breite Öffentlichkeit als gesamtgesellschaftliches Problem gesehen wird und ist nach unserer festen Überzeugung mehr als notwendig.

Im Grünen Landesverband wird es in diesem Jahr um das Thema Gerechtigkeit gehen. Kinderarmut ist eines der zentralsten Gerechtigkeitsthemen, die wir als PolitikerInnen und Zivilgesellschaft zu lösen haben.

In diesem Zusammenhang sollte man auch die Debatte um die Aufnahme der Kinderarmutsbekämpfung in die Landesverfassung sehen. Über 30.000 Menschen haben für die Volksinitiative von Sozialverbänden und Kinderschutzbund unterschrieben. Wir pflegen gute Kontakte zu den InitiatorInnen und arbeiten mit Hochdruck daran, die Zweidrittelmehrheit im Landtag herzustellen.

Nutzt eure Kontakte zu Landtagsabgeordneten von CDU und FDP damit sie diesem wichtigen Ziel zustimmen! Die Volksinitiative ist eine Möglichkeit, der Bekämpfung von Kinderarmut größere politische Bedeutung zu geben. Das schwarzgelbe Geschwafel, die Landesverfassung nicht überfrachten



Die Volksinitiative bietet Chancen zur Bekämpfung der Kinderarmut

zu wollen, ist blanker Hohn. Wer eine moderne Verfassung will, muss sie auch ändern dürfen.

Ich bin sehr interessiert, zu euch in die Kreisverbände zu kommen, um mit euch über (Kinder)armut zu diskutieren. Dieses Thema bewegt uns alle, lasst uns also die öffentliche Debatte dazu anstoßen!

---

## Hände weg vom Sparkassengesetz

*Von Monika Heinold*

CDU und FDP spielen mit dem Feuer. Trotz monatelanger Beratung kann die CDU noch immer keinen Beleg dafür vorlegen, dass die beabsichtigte Änderung des Sparkassengesetzes kein Einfallstor für eine Privatisierung ist. Nach wie vor ist europarechtlich nicht geklärt, ob durch die beabsichtigte Änderung der Bestandsschutz der Sparkassen leichtfertig aufgegeben wird und welche Folgen die Öffnung für die HASPA hat. Noch immer ist nicht geklärt, ob die EU die HASPA als öffentlich-rechtlich oder als privatrechtlich einstuft. Solange hier Rechtsunsicherheit besteht, bleibt die Beteiligungsoption für die HASPA ein Einfallstor in die Privatisierung und könnte das Ende der Gemeinwohlorientierung bedeuten.

Auch mit der Bildung von Stammkapital begeben sich CDU und FDP auf einen abenteuerlichen Pfad. Die Kommunen könnten Sparkassenanteile verscherbeln, um ihre von Schwarz-Gelb geplünderten kommunalen Kassen zu sanieren. Das ist eine reale Schwächung der regionalen Wirtschaft. Wer die regionale Wirtschaft tatsächlich stärken will, braucht starke Sparkassen. Diese müssen in der Region verwurzelt sein und gemeinwohlorientiert arbeiten.

Die Sparkassen gehören weder den Kommunen noch CDU oder FDP. Hände weg vom Sparkassengesetz.